

# BTI 2012 | Wirtschaftliche Trends

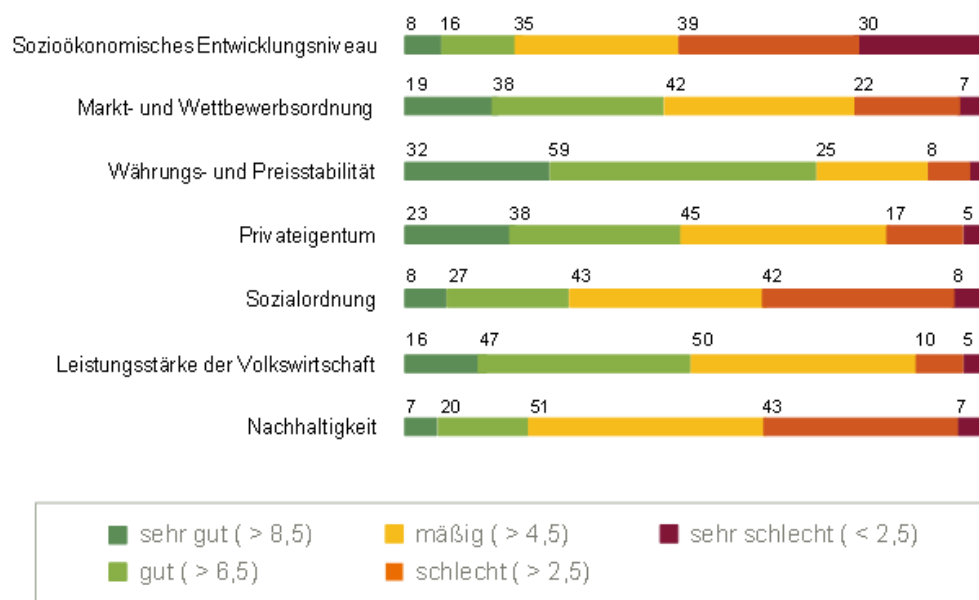
## Wirtschaftserfolge und soziales Versagen:

### Wachstum alleine verringert Massenarmut und soziale Ausgrenzung nicht

*Der Transformationsindex (BTI) der Bertelsmann Stiftung bewertet alle zwei Jahre den Status wirtschaftlicher Transformation in 128 Entwicklungs- und Transformationsländern. Detaillierte Ländergutachten von knapp 250 international anerkannten Experten mit fast 7.000 Einzelbewertungen sind Grundlage für die Bewertung von volkswirtschaftlicher Leistungsstärke und makroökonomischer Stabilität, Markt- und Wettbewerbsordnung sowie von sozialstaatlichen Leistungen, Armutsbekämpfung und Nachhaltigkeit im Bildungs- und Umweltbereich. Fazit des BTI 2012: Wirtschaftliches Wachstum führt nicht automatisch zu einer gerechteren gesellschaftlichen Entwicklung. Dies ist vor allem eine politische Gestaltungsaufgabe. Mehr unter: [www.bti-project.de](http://www.bti-project.de).*

Die guten Nachrichten zuerst: Die relativ zügige Erholung der Weltwirtschaft nach dem Krisenjahr 2009 und die entsprechend nur vorübergehenden Einbußen an gesamtwirtschaftlicher Stabilität trugen dazu bei, dass sich Wirtschaftskraft und makroökonomische Stabilität in den meisten der Entwicklungs- und Schwellenländer nur geringfügig änderten. Somit fallen die gesellschaftliche Erschütterungen, die aufgrund der Folgewirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise befürchtet worden waren, moderater als erwartet aus. Zahlreiche Entwicklungsländer waren vom Anstieg der Lebensmittel- und Rohstoffpreise 2007 und 2008 wesentlich stärker betroffen gewesen als vom Rückgang der Nachfrage aus OECD-Ländern im Krisenjahr 2009. Zudem zogen regionale Wirtschaftsmächte wie Brasilien, China oder Indien durch entschlossene antizyklische Politik ihre kleineren Nachbarn mit aus der Krise. Eine weitere gute Nachricht des BTI 2012 passt dazu: Über ein Viertel aller untersuchten Länder verbuchten eine Qualitätsverbesserung ihres Bankensystems. Unter ihnen befinden sich gleich 13 Länder aus Subsahara-Afrika, in denen einerseits der Zugang zu Finanzdienstleistungen im ländlichen Raum überhaupt erst ermöglicht wurde, andererseits aber auf recht hohem Niveau ein bereits funktionierender Bankensektor nochmals optimiert wurde, beispielsweise hinsichtlich der Eigenkapitalvorschriften für Banken (Mauritius), der Ausdehnung des privaten Bankensektors und der Steigerung von Wettbewerb (Ghana) oder einem strikteren Vorgehen gegen Geldwäsche (Namibia). Konservative Kreditvergaberegelungen und der Ausbau der Kompetenzen von Zentralbanken haben generell dazu geführt, dass die globale Finanzkrise relativ wenig negative Auswirkung auf die Bankensektoren hatte.

Noch immer aber – und hier beginnen die schlechten Nachrichten des BTI 2012 – verfügen lediglich 30 der 128 untersuchten Länder über eine entwickelte oder zumindest funktionsfähige Marktwirtschaft. Der weitaus größten Gruppe von 51 Ländern werden mehr oder weniger schwere Funktionsdefizite ihrer Wirtschaft attestiert, und knapp fünfzig Länder weisen lediglich ein schlecht funktionierendes oder gar rudimentäres Wirtschaftsgefüge auf. Dies liegt nicht so sehr an volkswirtschaftlicher Leistungsstärke (hier erreicht die Hälfte aller Länder 7 oder mehr Punkte auf einer Skala bis 10) und auch nicht primär an makroökonomischer Instabilität: Hier fallen lediglich die kaukasischen und osteuropäischen Länder ab, die durch die Wirtschaftskrise stärker getroffen wurden. Vielerorts aber wurden Wachstumserlöse nicht oder in äußerst unzureichendem Maße in den sozialen Bereich investiert. Das sozioökonomische Entwicklungsniveau muss in 69 von 128 untersuchten Ländern als mangelhaft bis katastrophal bewertet werden. Massenarmut und ausgeprägte soziale Ungleichheit sind in allen BTI-Regionen außer in Ostmittel- und Südosteuropa weit verbreitet. In Subsahara-Afrika weisen außer Ghana, Mauritius und Südafrika alle anderen 34 Länder gravierende Kennzeichen niedriger sozioökonomischer Entwicklung auf. 22 der 30 weltweit ärmsten Länder, in denen eine ausgeprägte soziale Ungleichheit herrscht, kommen aus dem Subsahara-Raum. Die an sich erfreuliche Tatsache, dass Armut und Ungleichheit im Zuge der globalen Wirtschaftskrise nicht wie befürchtet sprunghaft gestiegen sind, relativiert sich vor diesem Hintergrund erheblich.



**Viele Länder stark im Wachstum aber schwach im Sozialen:** Anzahl der Länder pro Wirtschaftskriterium und Bewertungsstufe

## Negative Trends im Überblick

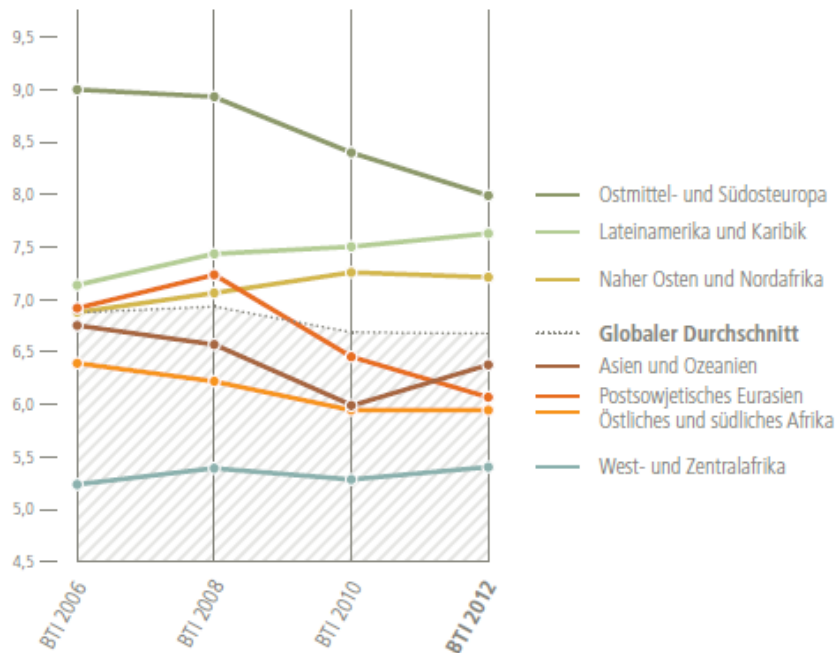
### Volkswirtschaftliche Leistungsstärke

In der eurasischen Region zeigten sich zahlreiche Volkswirtschaften und insbesondere Armenien anfällig für die Rückgänge von Überweisungen ihrer im Ausland arbeitenden Gastarbeiter und verringerte russische Investitionen in Folge der Weltwirtschaftskrise. Zudem wurde Kirgisistan durch die Unruhen nach dem Sturz von Präsident Bakijew auch wirtschaftlich destabilisiert. Insgesamt sank die Leistungsstärke von sechs der 13 eurasischen Ökonomien, während keine der regionalen Volkswirtschaften einen positiven Trend verbuchen konnte. In Asien klafft die Schere zwischen wirtschaftlich prosperierenden und verarmenden Ländern zunehmend auseinander. Staaten mit einem relativ hohen Wirtschaftsniveau zeigten eine beachtliche Immunität gegen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und konnten – wie im chinesischen Fall – deutliche eigene Akzente zur Krisenbewältigung setzen, während die weniger entwickelten Ökonomien der Region auf niedrigem Niveau verharrten oder sogar – wie in Bangladesch, Nordkorea oder auf den Philippinen – Rückgänge der wirtschaftlichen Leistungsstärke verzeichnen mussten.

### Makroökonomische Stabilität

Vor allem die kaukasischen Länder Armenien, Aserbaidschan und Georgien büßten an Makrostabilität ein, nicht nur in Folge der Weltwirtschaftskrise und eines daraus resultierenden Anstiegs der staatlichen Schulden, sondern auch aufgrund stark angestiegener und unproduktiver Staatsausgaben. In der Ukraine waren massive fiskalpolitische Probleme zu verzeichnen, aktuell bedingt durch die im Zuge der Weltwirtschaftskrise ausgelöste Erschütterung des Bankensektors und der Notwendigkeit einer Ausgabe von Stützkrediten. In Ostmittel- und Südosteuropa zeigten knapp die Hälfte aller Länder zunehmende fiskal- und schuldenpolitische Defizite. Die Schwere, mit der Länder von den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise getroffen worden waren, ist dabei kein alleine ausschlaggebender Faktor. Während alle baltischen Staaten sowie Ungarn besonders in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung beeinträchtigt wurden, zeigten sich nur Lettland und Ungarn instabil. In Südosteuropa waren Bosnien, Rumänien und Serbien am stärksten von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen, aber lediglich Rumänien, das während der Boomjahre aufgrund von Populismus und Patronage über seine Verhältnisse gelebt hatte, büßte an gesamtwirtschaftlicher Stabilität ein. Positives Gegenbeispiel für eine gelungene politische Steuerung: die kontinuierlichen Verbesserungen in Bolivien, Peru und Indonesien. Die Bewertung

der Fiskal- und Schuldenpolitik Indonesiens wurde seit 2006 in jedem BTI angehoben, da die Regierung dauerhaft und erfolgreich an einer Reduzierung des Schuldenstands arbeitete, der von 100 auf 26 Prozent des Bruttonationalprodukts fiel.



**Makroökonomische Stabilität** nach Regionen, BTI 2006 bis 2012

## Sozioökonomisches Entwicklungsniveau und sozialer Ausgleich

Wirtschaftswachstum alleine reicht nicht aus, um Armut und Ausgrenzung zu überwinden. In so unterschiedlichen Ländern wie Bahrain und Südkorea hat das Ausmaß sozialer Ungleichheit trotz aller wirtschaftlichen Erfolge sogar noch zugenommen. Vor allem die Regierungen von boomenden Ökonomien wie Indien und China sehen sich noch stärker vor die Herausforderung gestellt, Massenarmut und Ungleichheit zu überwinden und gezielt in Sozial-, Bildungs- und Umweltpolitik zu investieren.

In Asien stellt die leicht verbesserte soziale Lage in Bhutan die einzige positive Ausnahme in einer Region dar, in der aufgrund von wachsender Ungleichheit (Indien, Nordkorea, Pakistan, Singapur, Südkorea), stetiger Verarmung (Myanmar, Nepal, Nordkorea) und struktureller Diskriminierung

(Indien, Nepal, Pakistan) gleich in sieben Ländern eine Verschlechterung der sozialen Situation auf sehr unterschiedlichen Niveaus festgestellt wurde. In Indien sind Armut und Ungleichheit ausgeprägt und werden durch Kastensystem oder die Benachteiligung von Muslimen und zunehmend zementiert – trotz der sozialpolitischen Anstrengungen der Zentralregierung. Damit ist Indien weit weniger als beispielsweise China in der Lage, die beeindruckenden wirtschaftlichen Wachstumsraten in sozioökonomische Entwicklung umzumünzen. Während in China die soziale Ungleichheit zwar ebenfalls wächst, insbesondere im regionalen Vergleich zwischen den Boomregionen im Osten und den uigurischen und tibetanischen Regionen im Westen des Landes, konnte das Land in den letzten Jahren den Anteil der Armen senken. Generell aber schneiden Autokratien bei Armutsbekämpfung, sozialstaatlichen Maßnahmen und Antidiskriminierung deutlich schlechter ab als Demokratien.

Was geschehen kann, wenn solche Anstrengungen ausbleiben, zeigt die arabische Welt: Ägypten unter Mubarak oder Tunesien unter Ben Ali konnten zwar beeindruckende Wachstumsraten vorlegen und führten durchaus erfolgreich Wirtschaftsreformen durch. Gleichzeitig aber vernachlässigten sie den sozialen Bereich und nahmen die Verarmung und Perspektivlosigkeit gerade ländlicher und jugendlicher Bevölkerungsgruppen in Kauf.

Doch es gibt auch positive Beispiele: Die brasilianische Regierung hat positive Erfahrungen im Bereich der Armutsbekämpfung durch auflagengebundene Geldtransfers und die Schaffung von Arbeitsplätzen für Jugendliche gemacht. In Uruguay gelang es dem linken Regierungsbündnis der Frente Amplio seit 2005, die Marktwirtschaft mit schrittweisen Strukturreformen zu stärken, den Schuldenstand zu reduzieren, höhere Direktinvestitionen anzuziehen sowie hohe Wachstumsraten zu erzielen. Zugleich wurde die Armut erfolgreich bekämpft, die Arbeitslosigkeit reduziert und das nationale Gesundheitssystem ausgeweitet. Von Indien bis Bolivien wird aber deutlich, dass strukturell verhärtete Diskriminierungsmechanismen es auch einer sozialpolitisch aktiven Regierung erschweren, Muster sozialen Ausschlusses zu überwinden.